

Vorlage 4. April 1950

Köln, den

mit Akten

Der A war durch Urt d Strafk in Itzehoe v 11.9.47 zu einem Jahr Gef verurteilt w, weil er gemeinschaftl m d Mitangekl Debus u Feldvoß am 16.7.33 in Münsterdorf polit Gegner m gefährl Werkzeugen mißhandelt u damit ein VgM begangen habe. Seine Rev wurde v OLG Kiel m d Maßgabe verworfen, daß er wg gefährl Körperverl verurteilt werde. Das LG hat seinem auf d Beibringg neuer Tatsachen u Beweismittel gestützten WiederaufnAntrag nach Beweiserhebg entsprochen u d Erneuerg d Hauptverh angeordnet. Das SchwG hat d StrafkUrt v 11.9.47 m d Maßgabe aufrechterhalten, daß der A wg VgM in Tateinht m gefährl Körperverl in 2 Fällen zu der in dem erwähnten Urt erkannten Gef-Strafe v einem Jahr verurteilt sei. Hiergg richtet sich d Rev des A, m der er d Sach- u d Verfahrensbeschwerde geltend macht.

1. Die Rev rügt zunächst, daß der StA die Anklage entgg d Vorschrift des § 243 Abs.2 StPO nicht im Anschluß an d Vernehmng des A über s persönl Verhältnisse, sondern erst nach d Beweisaufnahme u den Ausführungen des Vert vorge-tragen habe. Diese Behauptg wird durch d Sitzungsproto-koll bestätigt. Danach hat der StA d Anklageschrift erst vorgetragen, nachdem er u der Vert im Anschluß an d Bew-Aufnahme plädiert u Anträge gestellt hatte, - u zwar m d Maßgabe, daß der A beschuldigt werde, durch s Anwesenht am 16.7.33 ein VgM u in Tateinht damit eine gefährl Kör-perverl in 2 Fällen begangen zu haben.

Der wieder anstelle der Verlesg eines Eröffnungsbeschl getretene Vortrag der Anklage bildet formell u materiell die Grundlage f Hauptverh u Urteil. Durch d Anklage wird förmlich festgestellt, über welche Tat (§ 264 StPO) ver-handelt w soll u nach welchen Strafbestimmungen sie beur-teilt wird, innerhalb welcher prozessualer Grenzen also sich das Hauptverf zu bewegen hat (RGSt.Bd.23 S.310). Der Vortrag der Anklage vor Beginn der Sachverhandlg hat den doppelten Zweck, einmal dem A u dem Vert die erhobene An-schuldigg nochmals deutl zu Bewußtsein zu bringen u so eine sachgemäße Verteidigg z ermöglichen, vor allem aber auch diejenigen Richter, d d Akten nicht kennen, insbes

die Geschworenen, erstmals in dem Gegenstande der Verhandlung bekannt zu machen, damit sie ihre Aufmerksamkeit auf die wesentlichen Punkte richten können (RG.GA.Bd.66 S.87; RG.JW.1938 S.3293 Nr.9). Die Erreichung dieser vom Gesetzgeber angestrebten Zwecke erfordert es auch, daß der Vortrag der Anklage an der ihm als Basis und Einleitung der Sachverhandlung gebührenden, vom Gesetz vorgesehenen Stelle in der Hauptverhandlung erfolgt und nicht willkürlich hinter die Einlassung des Angeklagten zur Sache oder gar hinter die Beweisaufnahme und die Plädoyers verschoben wird (RGSt.Bd.23 S.311).

Für das Wiederaufnahmeverfahren kann nichts anderes gelten, (RGSt.Bd.4 S.428; RG.Recht 1921 Nr.2296). Denn durch die Anordnung der Wiederaufnahme und der Erneuerung der Hauptverhandlung verliert das frühere Urteil - abgesehen lediglich vom Verbot der reformatio in peius - mitsamt der ihm zugrundeliegenden Feststellungen und der ihm vorausgegangenen Verhandlung, einschließend des Vortrags der Anklage, jede rechtliche Wirksamkeit (RGSt.Bd.30 S.421, Bd.57 S.317). Die prozessuale Lage ist demgemäß so, als ob erstmalig über die Anschuldigung verhandelt würde; insbesonders müssen auch die neuen Richter und Geschworenen vor Beginn der Sachverhandlung in dem Gegenstand der Anklage öffentlich bekanntgemacht werden.

Der somit durch verspäteten Vortrag der Anklage unterlaufene Prozeßverstoß führt zu einer Aufhebung des angefochtenen Urteils allerdings nur dann, wenn das Urteil auf ihm beruht (§ 337 StPO), und es ist wiederholt entschieden worden, daß ausnahmsweise, insbesonders bei sehr einfacher Sach- und Rechtslage, eine genügende Unterrichtung der Verhandlungsteilnehmer über den Untersuchungsgegenstand auch in anderer Form, als durch Vortrag der Anklage, etwa durch Bekanntgabe seitens des Vorsitzenden oder durch Verlesung des Revolutionsurteils, erreicht werden kann (RG.GA.Bd.38 S.432, Bd.66 S.88; RG.JW.1938 S.3293 Nr.9).

Ausweislich des Sitzungsprotokolls sind im Anschluß an die Verhandlung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse Aktenteile des bisherigen Prozeßverfahrens, insbesonders Ausschnitte des Straf- und des Revolutionsurteils sowie Vorgänge des Wiederaufnahmeverfahrens, "zum Gegenstand der Verhandlung gemacht" worden. Diese Maßnahme verfolgt offensichtlich das Ziel, einen Ausgangspunkt für die weitere Verhandlung zu gewinnen. Ob aber dieser Zweck in genügender und rechtlich zutreffender Weise erreicht wird, muß zweifelhaft bleiben.



Zunächst ist nämlich unklar, was die Urkundspersonen haben zum Ausdruck bringen wollen, wenn sie sagen, daß die bezeichneten Aktenteile "zum Ggstand der Verh gemacht" worden sind. Die Richtigkeit der naheliegenden Annahme, daß damit eine Verlesg gekennzeichnet werde, wird durch den weiteren Inhalt des Protokolls in Zweifel gestellt. Denn bezügl der Niederschrift über die richterl Vernehmung des Zeugen Feldvoß wird zweimal, also wohl nicht zufällig, beurkundet, daß sie verlesen und zum Gegenstand der Hauptverh gemacht worden sei. Danach muß zum mindesten mit d Möglichkt gerechnet werden, daß die Urkundspersonen ~~unter~~ dem Ausdruck "zum Gegenstand der Verh gemacht" keine Verlesg, sondern etwas anderes haben ausdrücken wollen und kann demgemäß dem Sitzungsprot nicht mit Sicherht entnommen werden, daß die (im übrigen dafür nicht hinreichend genau bezeichneten) Aktenteile verlesen worden seien.

Zum GGstand der Verh können die bezeichneten Aktenteile ohne Verlesg einmal dadurch gemacht worden sein, daß ihr wesentl Inhalt wiedergegeben wurde, möglicherweise aber auch lediglich durch eine Erklärung des Vors, daß diese früheren Prozeßvorgänge als den Berufsrichtern aus dem Wiederaufnahmeverf, der StA, dem A u s. Vert bekannt als Inhalt u Grundlage der weiteren Verh betrachtet würden. Daß eine solche mehr od weniger formale Inbezugnahme, wie sie vielfach im Zivilprozeß üblich ist, eine klare Feststellg des Verh-Gegenstandes, wie sie insbes zur Unterrichtg der Geschw nötig war, nicht bewirken konnte, liegt auf der Hand. Selbst wenn aber die bezeichneten Aktenteile ihrem wesentl Inhalt nach mitgeteilt worden sein sollten, - wobei ihre Auswahl den Blick f das Wesentliche u die verfahrensrechtl Lage nicht allenthalben erkennen läßt -, ja selbst wenn sie verlesen worden wären, so könnte das im vorl Falle den Vortrag der Anklage keineswegs ersetzen.

Denn einmal war der Vortrag v Bruchstücken des verwickelten Prozeßgeschehens mit Rev u Wiederaufnahmeverf, zumal f d Laienrichter, viel zu verwirrend, um eine klare u sichere Vorstellg v dem Ggstande der kommenden Verh z vermitteln, - ganz abgesehen davon, daß sie er den Irrtum begünstigte, die mitgeteilten Prozeßvorgänge seien f d weitere Untersuchung v richtungsweisender Bedeutg. Vor allem aber war den zum Verh-Ggstand gemachten Aktenteilen nicht zu entnehmen, wie d Anklage die verfolgte Tat rechtl beurteilte. Denn nach

Beurteilung des Urteils

5. Inst. als mangelhaft

AM

Verurteilung ist mangelhaft

ihm die mangelhafte

in der mangelhaften

der mangelhaften

unrichtigkeit der mangelhaften

bestätigung, in der mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

den mangelhaften

dem bisher maßgebenden RevUrt des OLG Kiel war der A lediglich der gefährl Körperverl, u zwar nur einer gef Körperverl schuldig; hiernach konnte weder mit einer Verurteilg wg gef KV in 2 Fällen, noch m einer Verurteilg wg VgM, wie sie tatsächl erfolgt sind, gerechnet w. Unter diesen Umständen ist d Möglichkt nicht auszuschließen, daß eine klare u vollständige Bekanntgabe des Verh-Ggstandes an gesetzl vorgeschriebener Verf-Stelle Prozeßbeteiligte zu besserer Auffassg u den A z weiterer Verteidigg befähigt u somit den Gang der Verh u das auf ihr beruhende Urt beeinflusst hätte.

Ohne Belang ist dagg der v d Rev vorgebrachte Gesichtspunkt, daß durch die verspätete Verlesg der Anklage der Eindruck des Verteidiger-Plädoyers vernichtet w sei. Der Sta.schaft stand gem § 258 Abs.2 StPO d Recht d Erwiderg zu u es war ihr unbenommen, auch bei dieser Gelegenht den Inhalt der Anklage vorzutragen.

Die Auswirkg des Verf.-Verstoßes auf das Urt konnte nicht dadurch beseitigt werden, daß nach dem verspäteten Vortrag der Anklage auch der Vert u d A Gelegenht zu Ausführungen erhielten u ledigl die bisher gestellten Anträge wiederholten. Zwar hätte der Vert eine Wiederholg der Verhandlg beantragen können. In der Unterlssg liegt indes kein wirksamer Rügeverzicht. Denn die Vorschrift des § 243 Abs.2 StPO will die klare Bestimmtht des Untersuchungsgegenstandes auch in dem öffentl Interesse einer sachgemäßen Strafrechtspflege sichern.

Das angef Urt kann daher wg der gerügten Verletzg des § 243 Abs.2 StPO keinen Bestand haben. —

Die anderweiten Rev-Angriffe sind dagg unbegründet.

2. Gem § 267 StPO müssen die UrtGründe im Falle der Verurteilg nur die f erwiesen erachteten Tatsachen angeben, in welchen die gesetzl Merkmale der strafb Handlg gefunden werden. Dagg verpflichtet weder diese Vorschrift, noch die Bestimmg des § 261 StPO das Gericht dazu, sich in den UrtGründen mit sämtlichen als beweiserheblich in Frage kommenden Umständen ausdrücklich auseinanderzusetzen (BayObLG. JW.1931 S.1972 Nr.8). Eine völlig lückenlose u zwingende Beweiswürdigg wäre auch schon deshalb unerreichbar, weil jede u damit auch die richterl Ueberzeugg von der Wahrheit, Unwahrheit od Nichterweisbarkeit vergangener Tatsachen notwendig nicht nur auf verstandesmäßigen Erwägungen, sondern



wesentlich auch auf gefühlsmäßigen Eindrücken beruht, die einer logischen Rechtfertigung nicht weiter zugänglich sind. Wenn demnach die Rev das Fehlen weiterer Urte-Ausführungen hinsichtl des von ihr in Zweifel gezogenen Wahrheitswillens u Erinnerungsvermögens des Zeugen Feldvoß beanstandet, so wendet sie sich damit nicht gg einen Rechtsverstoß.

Vergebens ~~benimmt~~ bemüht die Rev sich ferner darum, in der Beweiswürdigg des SchwG Denkfehler u Widersprüche aufzuzeigen. Mit ihren Erwägungen tatsächl Art wendet sie sich nicht gg die Anwendg des Gesetzes, sondern in unzulässiger Weise gg die Schlüssigkeit der BewWurdigg. Insbesondere war es dem SchwG nach dem Grundsatz der freien BewWurdigg unbenommen, der Bekundg des Zeugen Feldvoß die Ueberzeugg von der Wahrheit einer Tatsache z entnehmen, hinsichtl welcher der Zeuge selbst erklärte, daß er sie nach 16 Jahren keinen Eid mehr darauf leisten möchte. Die Verantwortg f d materielle Richtigkeit der gezogenen Schlußfolgerungen muß das RevGericht dem Tatrichter überlassen, der den entscheidenden Vorteil unmittelbarer persönl Eindrücke genießt.

3. Nach Feststellg des SchwG sind am 16.7.33 in Münsterdorf gelegentl einer Aktion gg polit Gegner der NSDAP u.a. der Zeuge Struck u der gefallene Sohn des Zeugen Kastex, die Mitglieder des Reichsbanners u der SPD waren, nach vergeblicher Vernehmng von mehreren SA-Männern auf einer Kegelbahn mit Peitschen u Gummiknütteln schwer mißhandelt worden. Der A war bei d Mißhandlg des Kaste zugg; dem Struck hielt er unmittelbar vor d Mißhandlg die Peitsche unter die Nase u sagte dabei: "Damit Ihr wißt, was hier los ist." Das SchwG hat nicht f erwiesen erachtet, daß der A selbst geschlagen hätte; es hat aber festgestellt, daß er durch s Anwesenht die Uebermocht der SA vergrößert u damit die Opfer ggüber den Mißhandlungen umso wehrloser gemacht, sowie daß er die Mißhandlungen gebilligt u als eigene gewollt habe.

Damit sind die gesetzl Merkmale der gefährl Körperverl in 2 Fällen und eines tateinhrtl VgM rechtlich bedenkenfrei festgestellt.

Vorschlag:

Auf die Revision des Angeklagten wird das angefochtene Urteil mit allen Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an das SchwG zurückverwiesen.

